

**WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.**



DAS ENDE DER BRANDMAUER

Hintergründe zur Abstimmung im Bundestag

Stand: 3. Februar 2025

DIE BRANDMAUER IST GEFALLEN



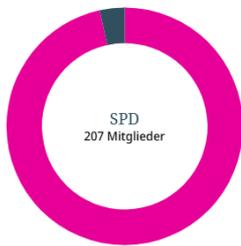
► Antrag durch Stimmen der CDU/CSU, FDP, AfD und Fraktionslose verabschiedet

- 29. Januar 2025: im Bundestag findet die **Gedenkstunde zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz** statt
- Es folgt eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu aktuellen innenpolitischen Themen und zwei namentliche Abstimmungen* zu zwei Entschließungsanträgen der Union
- **Erster Entschließungsantrag zum sog. „5-Punkte-Plan“:**
 - dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen
 - Zurückweisung aller Versuche illegaler Einreise (auch Schutzsuchende)
 - faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Dokumente
 - sofortige Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen
 - Verschärfung des Aufenthaltsrechts für Straftäter und Gefährder
- SPD, Grüne und Die Linke haben klargestellt, dass sie den Anträgen nicht zustimmen können, weil die Forderungen nicht vereinbar mit dem Europarecht und Grundgesetz seien
- noch im Nov. 24: Einigung von Ampel+CDU: KEINE Zufallsmehrheiten mit AfD im Bundestag

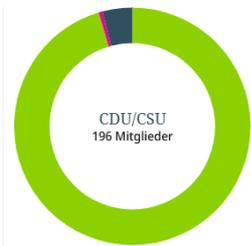


Gesamtergebnis, 733 Mitglieder

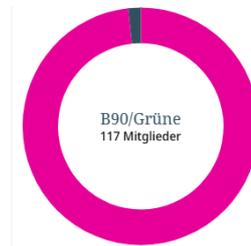
● 348 Ja ● 344 Nein ● 10 Enthalten ● 31 Nicht a.



● 0 Ja
● 200 Nein
● 0 Enthalten
● 7 Nicht abg.



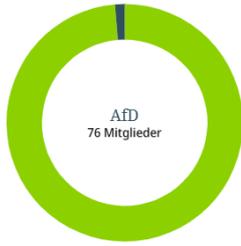
● 187 Ja
● 1 Nein
● 0 Enthalten
● 8 Nicht abg.



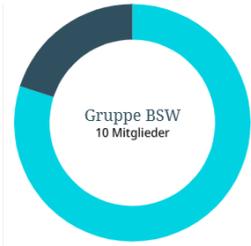
● 0 Ja
● 115 Nein
● 0 Enthalten
● 2 Nicht abg.



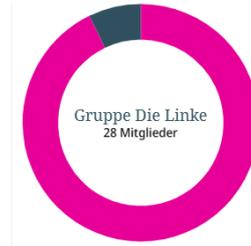
● 80 Ja
● 0 Nein
● 2 Enthalten
● 8 Nicht abg.



● 75 Ja
● 0 Nein
● 0 Enthalten
● 1 Nicht abg.



● 0 Ja
● 0 Nein
● 8 Enthalten
● 2 Nicht abg.



● 0 Ja
● 26 Nein
● 0 Enthalten
● 2 Nicht abg.



● 6 Ja
● 2 Nein
● 0 Enthalten
● 1 Nicht abg.

WIE WURDE ABGESTIMMT?

Antrag "5-Punkte-Plan" durch Stimmen der CDU/CSU, FDP und AfD verabschiedet

FRIEDRICH MERZ BRICHT SEIN WORT

WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.



25.10.2025 im Bundestag

„Wir werden nicht auf Zufallsmehrheiten setzen.

Und um Sie Ihre Mausehelein ganz klar zu sagen: Es gibt in diesem Haus auch keine Mehrheit mit der AfD.“

25830 Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 199. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 13. November 2025

Friedrich Merz

(A) für die es mit uns eine Mehrheit gibt und die wir in der Sache für richtig halten. Sie haben ein Beispiel genannt – ich will mich dem ausdrücklich anschließen –: Wir werden eine Änderung des Grundgesetzes mittragen, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Stellung in unserem Verfassungsgefüge stärkt.

(Stephan Brandner [AfD]: Das wundert mich nicht, wenn Sie Ihre Mausehelein da reinschreiben!)

Wir werden auch noch jemanden für die Wahl zum Richter des Bundesverfassungsgerichts vorschlagen. Wir hoffen, dass der Wahlvorschlag dann auch Ihre Zustimmung findet, so wie Ihre Vorschläge in der Vergangenheit auch unsere Zustimmung gefunden haben.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD: Kindergeld wollen Sie nicht?)

Wir können auch über einige –

(Stephan Brandner [AfD]: Das Bundesverfassungsgericht als Beute, Herr Merz! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Ist das alles, was Sie können, dazwischenschreien, rumröhlen? Ist das alles, wozu Sie noch in der Lage sind?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(Beifall bei der CDU/CSU: neten der FDP – Stephan E könnte ja BlackRock ein bi

Für die wenigen verbleibend ohne Bundeshaushalt möglich Ihnen hier einen Vorschlag m Ihnen, den Sozialdemokraten, vereinbaren, dass wir nur die Tagesordnung des Plenums setz

(Stephan Brandner [AfD]: Opposition kor über die wir uns zuvor mit Ihre Grünen in der Sache geeinigt ha

(Beatrix von Storch [AfD]: Sehr demokratisch! – Weitere Zurufe von der AfD)

sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Erklärung von Bundeskanzlerin a. D. Dr. Angela Merkel zur Abstimmung im Deutschen Bundestag am 29. Januar 2025

30.01.2025 · Erklärungen

„In seiner Rede am 13. November 2024 im Deutschen Bundestag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz, ausweislich des stenografischen Protokolls des Deutschen Bundestags unter anderem erklärt: 'Für die wenigen verbleibenden Entscheidungen, die ohne Bundeshaushalt möglich sein könnten, will ich Ihnen hier einen Vorschlag machen: Wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten, und Ihnen, die Grünen, vereinbaren, dass wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren. Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.'“

Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstützte. Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.

Stattdessen ist es erforderlich, dass alle demokratischen Parteien gemeinsam über parteipolitische Grenzen hinweg, nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, alles tun, um so schreckliche Attentate wie zuletzt kurz vor Weihnachten in Magdeburg und vor wenigen Tagen in Aschaffenburg in Zukunft verhindern zu können.“

27042 Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 209. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 29. Januar 2025

Friedrich Merz

(A) (Saskia Esken [SPD]: Hätten Sie verhandelt, Herr Merz!)

vor die Wahl gestellt, der rot-grünen Minderheit hier im Deutschen Bundestag weiterhin die Deutungs- und Entscheidungshoheit in der Asyl- und Einwanderungspolitik zu überlassen

(Zuruf des Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD])

oder jetzt aufrechten Ganges das zu tun, was unabwiesbar in der Sache notwendig ist, vor diese Wahl gestellt, entscheide ich mich und entscheiden wir uns für diesen letzten genannten Weg

Ihre Entscheidung treffen. Und möglicherweise wird jetzt auch ohne Sie und in der Sache trotzdem richtig entschieden.

(Dr. Joe Weingarten [SPD]: Gemeinsam mit den Rechten! – Beatrix von Storch [AfD]: In der Sache richtig! Darum geht es, Herr Merz!)

Um es deutlich zu sagen: Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, dass die Falschen zustimmen. Sie bleibt richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

REAKTIONEN



„Asylwende“ mit der AfD
Merz' Tabubruch zwingt
Deutschland in eine Richtungswahl

**Demokrat*innen
machen keine
Politik mit
Faschisten.**



TAGESSPIEGEL



**Brandmauer gefallen –
Mehrheit für Asyl-Wende**



Kampf um Deutungshoheit

Die Migrationsdebatte gerät zum Richtungsstreit zwischen den Parteien. Kanzler Olaf Scholz und Oppositionsführer Friedrich Merz überziehen sich mit Vorwürfen.

Merz warnt vor einer „Asylwende“ und fordert eine „Asylpolitik, die den Menschenwürde und die Grundrechte aller Menschen schützt.“



**„Ich kann Merz nicht
mehr vertrauen“**
Scholz platzt bei Malschberger der Kragen



Karina Mößbauer, Luisa Nuhr
Merz wird Kraftquelle der SPD-Fraktion
Warum Friedrich Merz mit seinem Manöver im Bundestag der SPD neue Wahlkampf-Kraft verleihen könnte.



taz die tageszeitung
dormstag

Wegen Asyl-Abstimmung mit AfD
Merkel stellt sich gegen Merz die tageszeitung
31. Januar 2023

Deutschland im Vormerz

SPD
Nur falls jemand fragt:
KEINE ZUSAMMENARBEIT MIT NAZIS.
SEIT 1863.

OMA GEGEN RECHTS

Frankfurter Rundschau

Der Tabubruch



Migrationsabstimmung
Das mach' ich doch mit Rechts

SÄCHSISCHE ZEITUNG

Zäsur im Bundestag: Union bringt Antrag zur Migration mit AfD-Stimmen durch

SPD-Fraktionschef: CDU ist „aus der politischen Mitte dieses Hauses ausgebrochen“, AfD feiert das Ergebnis als „historisches Moment“. Merz bedauert Mehrheit mit der AfD und bietet Gespräche an.

Wir stehen zu unseren Überzeugungen.
Wir werden das Richtige tun und nicht lassen, nur weil die Faschisten zustimmen.

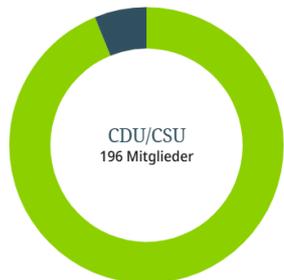
TROTZ KRITIK: UNION BRINGT AUCH GESETZ EIN



- ▶ 2./3. Lesung (abschließende Beratung) zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ am 31.01.2025
 - Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland
 - u.a. Beenden des Familiennachzugs zu Personen mit subsidiärem Schutz
 - Bundespolizei soll eigene Zuständigkeit für die Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen erhalten inkl. Beantragung von Haft und Gewahrsam zur Sicherung der Abschiebung
 - vor der Lesung lange Sitzungsunterbrechung im Bundestag wegen spontaner Fraktionssitzungen
 - Gesetz wurde letztendlich doch zur Abstimmung gestellt – fand aber keine Mehrheit
 - Gesetz wäre zustimmungspflichtig gewesen → keine Aussicht auf Mehrheit im Bundesrat (21.03.) → auch CDU-Ministerpräsidenten dagegen (Berlin: Kai Wegner; Schleswig-Holstein: Daniel Günther)



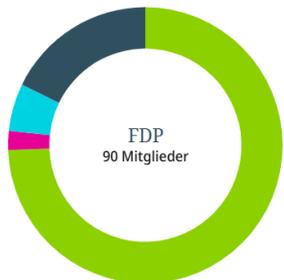
0 Ja
203 Nein
0 Enthalten
4 Nicht abg.



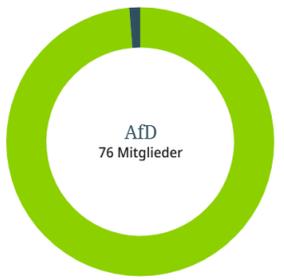
184 Ja
0 Nein
0 Enthalten
12 Nicht abg.



0 Ja
115 Nein
0 Enthalten
2 Nicht abg.



67 Ja
2 Nein
5 Enthalten
16 Nicht abg.



75 Ja
0 Nein
0 Enthalten
1 Nicht abg.



7 Ja
0 Nein
0 Enthalten
3 Nicht abg.



0 Ja
27 Nein
0 Enthalten
1 Nicht abg.



5 Ja
2 Nein
0 Enthalten
2 Nicht abg.

WIE WURDE ABGESTIMMT?

“Zustrombegrenzungsgesetz” Union verfehlt Mehrheit



HUNDERTTAUSENDE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND DEMONSTRIERTEN GEGEN DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DER AFD

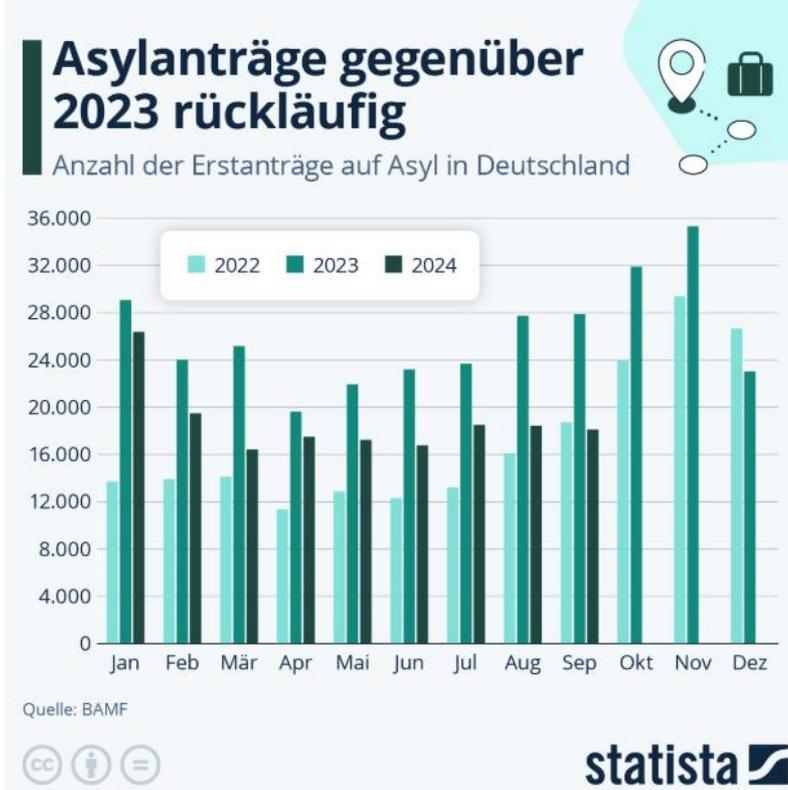
KEIN KOMPROMISS MÖGLICH



► Gründe, warum der Gesetzentwurf abgelehnt wurde

- SPD und Grüne nannten folgende Begründungen für Ablehnung der Vorschläge der Union:
 - die Wiederaufnahme des Begriffs „Begrenzung“ in den Zweck des Aufenthaltsgesetzes sei reine Symbolpolitik ohne konkrete Auswirkungen auf das Migrationsgeschehen
 - der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ist bereits begrenzt und nur im Rahmen eines Ermessens möglich – eine dauerhafte Abschaffung sei völkerrechtlich bedenklich
 - Bzgl. der Zuständigkeitserweiterung der Bundespolizei für Abschiebungen (inklusive Abschiebungshaft) wurde darauf verwiesen, dass die Bundespolizei bereits stark belastet ist (finanziell & personell) und keine zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen kann. Abschiebungen liegen in der Zuständigkeit der Länder (keine Zuständigkeitslücke).
- Vorschläge der Ampel zur Reduzierung irregulärer Migration und zur Ausweitung der Sicherheitsgesetze hatte die Union bisher als nicht dringlich betrachtet oder blockiert
- Die demokratischen Parteien konnten sich bisher nicht auf einen Kompromiss verständigen.

HINTERGRUND



- Trotz Rückgang bleibt Deutschland innerhalb der Europäischen Union Spitzenreiter bei Asylanträgen
- 2024 insgesamt 301.350 Fälle
- Schutz in 44,4 Prozent gewährt
- Schutzquote für Menschen aus Syrien: 83 Prozent
- Schutzquote für Menschen aus Afghanistan: 74,7 Prozent
- Schutzquote für Menschen aus Türkei: 9,4 Prozent
- Abgelehnt wurden die Anträge von 91.940 Menschen
- 75.700 Verfahren erledigten sich aus anderen Gründen wie die Rücknahme des Asylantrags oder die Überstellung an andere EU-Länder
- Asylverfahren dauerten im Schnitt 8,7 Monate

STARK MIT UNS

Für Demokratie, Rechtsstaat und
Menschlichkeit! Gegen Populismus und Spaltung!

30.01.2025

- Wir sind erschüttert über die schreckliche Tat von Aschaffenburg, den Anschlag in Magdeburg und all die anderen Angriffe auf unsere freie Gesellschaft in der jüngsten Vergangenheit. Wir alle wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir uns ohne Angst vor Terrorakten oder Amokläufen frei bewegen können. Und wir wünschen uns eine Gesellschaft, die sich nicht durch Rassismus und Rechtsextremismus spalten lässt. Gerade deshalb kommt es jetzt darauf an, umsetzbare und rechtsstaatliche Antworten auf Bedrohungen der freiheitlich demokratischen Gesellschaft zu finden.

- Das Aushebeln des Rechtsstaats per Federstrich, wie jetzt von Manchen befürwortet, ist



[hier](#)



Seit Beginn des Jahres sind
hunderttausende Menschen auf die Straße
gegangen und haben für den Erhalt
unserer Demokratie demonstriert.



Sie haben ein klares Signal gesetzt gegen
rechtsextreme und menschenverachtende
Politik, für eine solidarische und offene
Gesellschaft.

Das war's noch nicht!



Wir bitten Euch, diese Veranstaltungen zu
unterstützen, sofern Euch dies möglich ist.

Wo und wann was stattfindet, findet Ihr [hier](#).



POSITION DER DGB-GEWERKSCHAFTEN

WEIL
DAS JETZT
ZÄHLT.



DEMOTRACKER

Letztes Update: 31.01.2025, 03:29 Uhr

Hier findest du aktuelle Teilnehmenden-Zahlen zu den Demos gegen Rechts. **Alle Zahlen sind konservativ geschätzte Polizeizahlen mit Pressequelle.**



223.603*

* von uns erfasste Teilnehmende seit dem 28.01.2025

Teilnehmende
10 40.000





HUNDERTTAUSENDE MENSCHEN DEMONSTRIEREN GEGEN DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DER AFD

Berlin:	250.000
Hamburg:	80.000
Köln:	40.000
Tübingen:	10.000
Potsdam:	3.000

Und und und

(Angaben der Veranstalter)

**VIELEN DANK FÜR EURE
AUFMERKSAMKEIT**



IG Metall Vorstand
Büro der geschäftsführenden
Vorstandsmitglieder
Berliner Büro
Alte Jakobstr. 149
10969 Berlin

Tel 030/2592 705 - 40
buero-berlin@igmetall.de